



Koordinierungsprojekt Digitalisierungsprogramm des IT-Planungsrates

Anliegensteckbrief der Arbeitsgruppe 6 - Arbeitsschutz-Formulare

Wiesbaden / Berlin, Dezember 2017

1. Beschreibung des Anliegens

a) Betrachtungsgegenstand

Die Anwendungsfälle im Arbeitsschutz reichen von der Beantragung von Sonn- und Feiertagsarbeit, einer Mitteilung der Beschäftigung einer werdenden Mutter, Baustellenvorankündigungen, Anzeigen von Asbestsanierung bis zu Anzeigen des Pyrotechnik-Verkaufs (u. a. m.). Arbeitsschutz ist ein Querschnittsthema, für das rechtliche Anzeige- bzw. Antragspflichten für Arbeitgeber in verschiedenen Bereichen bestehen. Hierbei handelt es sich um bundesrechtliche Vorschriften (Arbeitszeitgesetz, Mutterschutzgesetz, Röntgenverordnung, Sprengstoffgesetz, etc.). In bestimmten Fällen muss eine Anzeige an mehrere Stellen gesendet werden. Dies gilt beispielsweise für die Anzeige der Inbetriebnahme einer zahnmedizinischen Röntgeneinrichtung nach Röntgenverordnung an die zuständige Behörde, die Landes Zahnärztekammer und die Kassenzahnärztliche Vereinigung.

Die öffentliche Verwaltung greift zur Bearbeitung von Anzeigen und Anträgen bereits weitgehend auf digitale Fachverfahren zurück. 14 Bundesländer nutzen dieselbe Fachanwendung („IFAS“ des Unternehmens Kisters AG). Lediglich Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nutzen eigene Verfahren.

b) Handlungsbedarf

Die Pflichten im Bereich Arbeitsschutz erzeugen bei den Arbeitgebern eine Vielzahl von Antrags- und Anzeigeaufwände. Die Prozesse sind nicht durchgängig digital abgebildet. Die für Arbeitgeber notwendigen Formulare stehen zwar länderspezifisch online als Download zur Verfügung, in der Regel besteht allerdings keine Möglichkeit, die Daten online einzutragen und direkt an die zuständige(n) Verwaltungsstelle(n) zu senden. Aktuell werden die Formulare zu einem großen Teil schriftlich auf dem Postweg, per Fax oder als PDF per E-Mail eingereicht. Eine automatisierte Weiterverarbeitung erfolgt. Allein in Hessen werden ca. 40.000 Formulare pro Jahr eingereicht, was sowohl für die Arbeitgeber als auch für die verarbeitenden Stellen einen erheblichen Aufwand erzeugt.

Eine Online-Erfassung mit automatisierter Übermittlung der Formulare in das Fachverfahren würde die Prozessqualität, die Bearbeitungszeit und die Nutzerfreundlichkeit deutlich erhöhen und einen bedeutenden Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung leisten.

2. Ziele und geplante Ergebnisse der AG

a) Ziele der AG

Den Kunden (Unternehmen, Behörden, etc.) der Arbeitsschutzverwaltung soll ermöglicht werden, Anträge online zu stellen. Bis Mitte des Jahres 2018 soll dazu ein Musterformular zum Mutterschutz („Anzeige der Beschäftigung einer werdenden Mutter“) FIM-konform erarbeitet und in den Portalverbund integriert werden. Der Prozess soll durch verschiedene Funktionen, wie beispielsweise die Möglichkeit der Nutzung mit und ohne Anmeldeverfahren, Dateiupload, Stammdatenverwaltung, Übersicht über bisherige Anträge, etc. den Kunden Erleichterungen bringen. Die Daten des Online-Antrags sollen für die Verwaltung teilautomatisiert in das Fachverfahren übernommen werden, z. B. durch die Übermittlung als XML-Datei (Datenübernahme) zusätzlich zu einer PDF-Datei (Aktenführung).

b) Ziele im Rahmen des Digitalisierungsprogramms

Im Rahmen des Digitalisierungsprogramms sollen für die Kunden (Unternehmen, Behörden, etc.) der Arbeitsschutzverwaltung häufig wiederkehrende Prozesse benutzerfreundlich in das Online-Verwaltungsangebot integriert und gleichzeitig medienbruchfreie Prozesse gewährleistet werden. Von zentraler Bedeutung für die geplante Umsetzung sind die Funktio-

nalitäten eines Unternehmenskontos, eines Datensafes, eines Behördenfinders mit elektronischer Adresse sowie die Portalinteroperabilität. Grundsätzlich wäre es möglich, das Anliegen auch ohne Unternehmenskonto und Datensafe zu digitalisieren, allerdings bedeuten einige der nur mit diesen Diensten zu realisierende Funktionen wie Dateiapload, Stammdatenverwaltung, Übersicht bisheriger Anträge, etc. einen erheblichen Komfortgewinn für die Nutzer. Bis die genannten Funktionalitäten tatsächlich zur Verfügung stehen, werden temporäre Übergangslösungen angestrebt (Bsp.: Pilotierung mit ausgewählten Kunden).

3. Ergebnisse und Vorgehen

Die Arbeitsgruppe hat die folgenden Ergebnisse zum Ziel:

Meilenstein	Ergebnis und Vorgehen	Zeitpunkt
1	<p>Die Online-Anwendungen und Fachverfahren im Umfeld der betrachteten Prozesse wurden erhoben.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abfrage Sachstand und AG-Teilnahme / Ansprechpartner im Rahmen der 14. IuK-Sitzung (Unterausschuss des LASI zu Informations- und Kommunikationstechnologien) am 24.05.2017. - Abfrage und Erhebung von bestehenden Fachverfahren und Onlineanwendungen durch Schreiben des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport (HMDIS) an die Abteilungsleiter E-Government des IT-Planungsrats vom 28.08. - Auswertung und Aufbereitung der Erhebung. 	November 2017
2	<p>Das online umzusetzende fachliche Formular und die funktionalen Anforderungen sind beschrieben/modelliert.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung des fachlichen Ist-Prozesses durch Arbeitsgruppe, Erarbeitung des Soll-Prozesses in der Arbeitsgruppe mit Unterstützung durch das Förderale Informationsmanagement (FIM). - Weitere allgemeine Anforderungen an die Formulare werden ggf. durch den Fragenkatalog an IT-Dienstleister des Koordinierungsteams ergänzt. 	Januar 2018
3	<p>Der rechtliche Anpassungsbedarf zur Umsetzung des fachlichen Prozesses ist beschrieben und initiiert.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rechtliche Analyse und Darstellung der rechtlichen Grundlagen durch FIM-Modellierung. - Erörterung eventueller Rechtsänderungsbedarfe mit zuständigem Ressort auf Bundesebene (BMFSFJ). 	Januar 2018
4	Die rechtlichen Änderungen sind umgesetzt (sofern notwendig).	Abhängig von Meilenstein 3
5	<p>Die Schnittstellen des umzusetzenden Prozesses zu den beteiligten Fachverfahren sind als Standard (XÖV, XFall/FIM, etc.) verabschiedet.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Durch Modellierung nach der FIM-Methodik wird je Formular ein XFall-Datensatz erzeugt, der durch das jeweilige Fachverfahren weiterverarbeitet werden kann. 	Mai 2018

6	Die Leistungsbeschreibungen (FIM/Leistungskatalog der öffentlichen Verwaltung, [LeiKa]) zur betrachteten Verwaltungsleistung liegen vor und sind qualitätsgesichert. - Aufarbeitung der Leistungsbeschreibung durch die Anwendung FIM des IT-Planungsrats in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe.	März 2018
7	Die Bewertung der Online-Anwendung(en) / Fachverfahren im Hinblick auf ihre Konformität zu den gestellten Anforderungen (fachlich/funktional, Integration Portalverbund, Nachnutzbarkeit) liegt vor. - Die erhobenen Formulare werden anhand des Gesamtkriterienkatalogs geprüft (Erfüllung von Muss- und Sollkriterien).	April 2018
8	Anforderungen an die Online-Anwendungen und ggf. Fachverfahren (Schnittstellen) sind umgesetzt. Die Anforderungskonformität wurde bestätigt. Empfehlung IT-Planungsrat liegt vor. - Überprüfung von Umsetzungsvarianten (Formular-Management-System (FMS) des Bundes vs. Abwicklung über Landesportal) findet statt. - Empfehlung durch den IT-Planungsrat liegt vor.	Juni 2017, Abhängig von Umsetzungsvariante
9	Regelungen zur Nachnutzung konformer Online-Anwendungen liegen vor. - Nachnutzung der erstellten Musterformulare wird durch die FIM-Methodik sichergestellt.	März 2018
10	Konforme Online-Anwendungen sind im Portalverbund verfügbar (Einbindung in den Portalverbund mit den bis dahin jeweils verfügbaren Komponenten).	Juli 2018

Die Arbeitsgruppe wird die Vorgehensweise dokumentieren und als Blaupause zur Nachnutzung in Zusammenarbeit mit dem Koordinierungsteam aufbereiten.

4. Organisation, Art der Zusammenarbeit und Besetzung

Die Federführung der AG hat Hessen.

a) Kontakt

E: Hr. Dr. Uwe Grüner, Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Wiesbaden, Dezernat 45.2 Arbeitsschutz, Simone-Veil-Str. 5, 65197 Wiesbaden, uwe.gruener@rpda.hessen.de.

Innerhalb Hessens haben sich zwei Dezernatsleitungen bereit erklärt, mitzuarbeiten. Zusätzlich sind das Hessische Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS) und das Hessische Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) beteiligt.